

Wohin treibt der Nahe Osten? Politische Interessen und Ordnungskonzepte im Widerstreit: Konferenz am 22. und 24. November 2019 an der Europäischen Akademie Berlin; Verlaufsprotokoll der Vorträge und Diskussionen

Triebel, Armin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Triebel, A. (2020). *Wohin treibt der Nahe Osten? Politische Interessen und Ordnungskonzepte im Widerstreit: Konferenz am 22. und 24. November 2019 an der Europäischen Akademie Berlin; Verlaufsprotokoll der Vorträge und Diskussionen.* (Europa Bottom-Up, 24). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66765-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Armin Triebel

Wohin treibt der Nahe Osten?

Politische Interessen und Ordnungskonzepte im Widerstreit

**Konferenz am 22. und 24. November 2019 an der
Europäischen Akademie Berlin
Verlaufsprotokoll der Vorträge und Diskussionen**

EUROPA BOTTOM-UP NR. 24

Der Autor Dr. Armin Triebel studierte Geschichtswissenschaften, Philosophie, Germanistik und Linguistik an den Universitäten Düsseldorf, Bonn und Bielefeld und wurde 1990 an der Freien Universität Berlin promoviert. Er hat geforscht auf den Gebieten Differentieller Konsum / quantitative Lebensstandardanalyse am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Berlin); über die Geschichte des Ersten Weltkriegs (Cambridge/Paris); über Alphabetisierung und Modernisierung in Afrika an der Freien Universität. Er hat gelehrt an der Humboldt-Universität Berlin und an der Universität Potsdam (Neuere Geschichte; Politische Theorie) und war dort in der akademischen Zusammenarbeit mit dem Iran engagiert. Gegenwärtig ist er Erster Vorsitzender des Sozialwissenschaftlichen Studienkreises für Interkulturelle Perspektiven e.V. mit den Arbeitsgebieten interkultureller Dialog und politische Theorie der interkulturellen Kommunikation.

Europa Bottom-Up Europa Bottom-Up ist eine elektronische Schriftenreihe, die von der Maecenata Stiftung im Rahmen ihres Europa-Programms herausgegeben wird. Sie enthält sowohl Berichte über Aktivitäten aus diesem Programmbereich als auch relevante Arbeitspapiere von Stiftungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie von externen Expertinnen und Experten.

Alle Ausgaben dieser Reihe finden Sie zum kostenlosen Download unter: www.ebu.maecenata.eu

Herausgeber Maecenata Stiftung, Oberföringer Straße 18, D-81679 Hauptstadtbüro: Rungestraße 17, D-10179 Berlin
Tel.: +49 30-28 38 79 09
Fax: +49 30-28 38 79 10
E-Mail: st@maecenata.eu
Website: www.maecenata.eu

ISSN (Web): 2197-6821

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-66765-1

Redaktion Marielena Witthöft, Swantje Tobiassen, Nomin-Erdene Nyamsambuu

Urheberrecht



© Maecenata Stiftung. Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt durch eine [Creative Commons 3.0 Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/).

Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt der Herausgeber keine Haftung für Inhalte und externe Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Für textliche Urheberrechtsfragen ist die Autorin bzw. der Autor verantwortlich.

EUROPA BOTTOM-UP
NR. 24/2020

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT
EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

ARMIN TRIEBEL

WOHIN TREIBT DER NAHE OSTEN?
POLITISCHE INTERESSEN UND ORDNUNGSKONZEPTE IM WIDERSTREIT

Konferenz am 22. und 24. November 2019 an der Europäischen Akademie
Berlin

Verlaufsprotokoll der Vorträge und Diskussionen

Das folgende Protokoll der Konferenz *Wohin treibt der Nabe Osten?* in Berlin im November 2019 entstand aus den Notizen, die der Unterzeichnete als Konferenzteilnehmer für sich erstellt hatte. Insofern ist es das Ergebnis eines unvermeidbar selektiven Hörens. Nicht alles Wichtige, was gesagt wurde, kann sich in diesem Protokoll niedergeschrieben finden, und nicht jede Rednerin und jeder Redner wird sich hier zufriedenstellend wiedergegeben sehen. Indes entwickelte sich nach Ende der Konferenz der Wunsch, angesichts der Bedeutung, die das Thema hat, und im Hinblick auf die politischen Schlussfolgerungen, die aus Manchem, was gesagt wurde, zu ziehen wären, wenigstens einiges für künftige Verwendungen festzuhalten.

Dass die Konferenz zustandekommen konnte, ist vielen helfenden Händen im Hintergrund zu verdanken sowie dem finanziellen und personellen Einsatz folgender Institutionen:

MENA Study Centre (Maecenata Stiftung)

Prof. Dr. Udo Steinbach

Maecenata Stiftung

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Direktor der Maecenata Stiftung

Rungestraße 17

10179 Berlin

T 030 2838 7909

E rs@maecenata.eu

MAECENATA STIFTUNG

Lepsiushaus Potsdam

Dr. Rolf Hosfeld

Wissenschaftlicher Leiter

Große Weinmeisterstr. 45

14469 Potsdam

T 0331. 581 645 11

E info@lepsiushaus-potsdam.de



Moses Mendelsohn Zentrum Potsdam

Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Vorstandsvorsitzender

Am Neuen Markt 9 e-f

14467 Potsdam

T 0331 5856791 0

E schueler@fachstelle-antisemitismus-bb.de



Europäische Akademie Berlin

Dr. Andrea Despot

Direktorin

Bismarckallee 46/48

14193 Berlin

T 030 89 59 51 0

E eab@eab-berlin.eu



An der Konzeption des Kongresses waren maßgeblich beteiligt Dr. Olaf Glöckner, Dr. Rolf Hosfeld, Dr. des. Roy Knocke, Dr. Thomas Scheffler, Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Prof. Dr. Udo Steinbach. Frau Dr. Andrea Despot, die Leiterin der EA, begrüßte die Gäste zu Beginn der Konferenz am ersten Tag.

Die Organisatoren waren bei der Planung der Konferenz folgenden Überlegungen, die in dem Konferenzprogramm nachzulesen waren, gefolgt.

Sind die überlappenden Krisenprozesse im heutigen Nahen Osten und ihre Auswirkungen auf Europa noch beherrschbar, und wenn ja, von wem und unter welchen Bedingungen? Ziel der dreitägigen Konferenz war es, diejenigen politischen Kräfte und gesellschaftlichen Konfigurationen zu identifizieren, die gegenwärtig die Konfliktdynamik des Nahen Ostens besonders beeinflussen. Im Mittelpunkt sollten die Wahrnehmungsmuster und Handlungsoptionen der wichtigsten Staaten der Region stehen; der wachsende Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure und substaatlicher Gewaltverbände; der strukturelle Problemdruck langfristiger sozialer, wirtschaftlicher und demographischer Transformationsprozesse; die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten der internationalen Großmächte und die Diskussion alternativer innen- und außenpolitischer Ordnungsmodelle. Dies waren die Zielbestimmungen, mit denen die Veranstalter, das *Lepsiushaus Potsdam*, das *Moses Mendelsohn Zentrum Potsdam*, das *MENA Study Centre (Maecenata Stiftung)* und die *Europäische Akademie Berlin*, die Konferenz angekündigt hatten.

Die Konferenz im November 2019 war nicht die erste zum Thema. Eine Vorgängertagung hatte vom 30. November bis 2. Dezember 2014 am selben Ort stattgefunden, gemeinsam ausgerichtet vom *Orient-Institut Beirut*, dem *Moses-Mendelsohn-Zentrum Potsdam* und dem *Lepsiushaus Potsdam* zum selben Thema mit dem Untertitel: „Ethno-religiöse Minderheiten im Nahen Osten zwischen Verfolgung und Selbstbehauptung“. Im Publikum saßen 2019 wieder viele Fachleute und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; die Einladung war aber breit gestreut worden, so dass auch einschlägig interessierte Bürgerinnen und Bürger gekommen waren.

Die Konferenz wurde durch einen Einführungsvortrag von PROF. DR. UDO STEINBACH eingeleitet.

Armin Triebel

Themenblock I: Regierungspolitiken im regionalen Vier-Eck

Prof. Dr. Udo Steinbach

Der neue Nahe Osten. Perspektiven auf eine Utopie

Dr. David Jalilvand (*Orient Matters GmbH*)

Saudi-Arabien — Iran

Prof. Dr. Burak Çopur (*IUBH Internationale Hochschule, Standort Dortmund*)

Vom Aufstieg und Fall der Türkei

Dr. Dan Orbach (*Hebräische Universität Jerusalem*)

Israels Grand Strategy (Vortrag in Englisch)

Themenblock II: Innen- und gesellschaftspolitische Dimensionen

Dr. Naseef Naeem (*Zenith Council Berlin*)

Religion und Staat

Prof. Dr. Roswitha Badry (*Universität Freiburg, Orientalisches Seminar / Genderforschung*)

Frauen, Familie, Demographie

Dr. Thomas Scheffler (*Freie Universität Berlin*)

Minderheiten als Herausforderung politischer Ordnung

Dr. Heiko Schuss (*Abdullah-Gül-Universität, Kayseri*)

Sozio-ökonomische Problemlagen

Dr. Rupert Graf Strachwitz (*Maecenata-Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft*)

Zivilgesellschaftliche Akteure

Kristin Helberg (*Freie Journalistin, Berlin*)

Zivilgesellschaftliche Akteure: Fallstudie Syrien

Daniel Gerlach (*Magazin Zenith, Berlin*)

Substaatliche Gewaltakteure

Prof. Dr. Udo Steinbach
Der neue Nahe Osten
Perspektiven auf eine Utopie

Im ersten Satz bat Steinbach, der die Tagung mit vorbereitet hatte, besorgt, den Konferenztitel nicht allzu wörtlich zu nehmen. Wohin der Nahe Osten „treibe“, das sollte nicht so klingen, als könne man nur schicksalsergeben zuschauen, was sich da abspielt. Stattdessen wolle er wirkliche Perspektiven aufzeigen für diese Region, die sich „im freien Fall“ befinde. Und tatsächlich redete Steinbach sehr entschieden, ließ keine Resigniertheit erkennen und machte am Ende Vorschläge, die man als ein Programm für eine politische konkrete Schrittfolge verstehen konnte.

Als ein Grundproblem in der Region nannte Steinbach zunächst das Dilemma der Verquickung von Machtpolitik und Religion. Außerdem zog er eine Linie von der derzeitigen Misere zurück zu den Pariser Vorort-Verträgen. Er sprach vom immer noch wirksamen „schleichenden Gift“ der Abmachungen von 1920. Die Mandatspolitik europäischer Mächte nach dem Ersten Weltkrieg habe in den Augen der Gesellschaften des Nahen Ostens die Glaubwürdigkeit Europas in beträchtlichem Maße beschädigt.

Die gegenwärtige Krise

Zur näheren Charakterisierung der gegenwärtigen Krise nannte er drei „Tatbestände“ als grundlegende Dimensionen der Krise:

1. Keines der Regimes (evtl. mit Ausnahme Tunesiens) habe eine „Vision vom Morgen“, d.h. eine langfristig tragende Idee von der eigenen Zukunft. Deswegen rechtfertige sich übrigens auch die Wortwahl „Regime“. Alle suchten ihre Legitimation in der Außenpolitik.
2. Es gibt in der Region keine Ordnungsmacht.
3. Es gibt keine stabilisierende internationale Ordnung.

ad 1

Der Iran biete 40 Jahre nach der Revolution von 1978/79 das ernüchternde Bild einer Unterdrückung von Pluralität und Freiheit, einer maßlosen Korruption, eines umfassenden Legitimitätsverlustes. Heute stecke das System in einer Sackgasse.

Die Iranische Revolution war ein fundamentales Ereignis. Auch wenn er ihre welthistorische Bedeutung mit 1789 verglich, sagte Steinbach, sei sie nicht als eine Nachahmung irgendeines europäischen Musters zu betrachten. Außenpolitisch instrumentalisieren der Iran systematisch alle Ansätze einer Stabilisierung in Syrien. Saudi-Arabien befinde sich in seiner größten Krise seit 1932. Im Jemen habe der Staat auf einem Nebenschauplatz seiner machtpolitischen Auseinandersetzung mit Iran zum Schaden aller Beteiligten einen Konflikt angezettelt. In der Türkei sei Erdoğan's Politik von fragwürdigen post-osmanischen Phantasien bestimmt. Mit Recht habe Orhan Pamuk die Jahre 2006 bis 2011 als die freiesten Jahre der Republik bezeichnet. Heute kennzeichne autokratische Machtausübung die Innenpolitik-Machiavelli sei dagegen ein Waisenknabe.

Ägypten? Das war mal eine Ordnungsmacht, sagte Steinbach. Jetzt versinke das Land im Sumpf von Autokratie und wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Israel habe eine Regierung „ohne moralischen Kompass“; gleichwohl werde das Land noch immer als die einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnet. Seit langem finde die Politik der Regierung ihre Legitimation wesentlich in der Siedlungspolitik.

ad 2

Zwischen Saudi-Arabien und Iran tobe ein Machtkampf unter religiöser Maskierung und dies besonders heftig, nachdem die USA 2003 den Irak aus dem Spiel genommen haben. Für die Konflikte zwischen Saudi-Arabien und Qatar, Saudi-Arabien und Jemen und für Erdoğan's Einsatz der Türkei gegen die Kurden, gelte in besonderem Maße, dass fehlende innenpolitische Legitimation durch eine aggressive Außenpolitik kompensiert werde. Eine Rivalität zwischen Ägypten und Qatar werde in Libyen ausgetragen.

ad 3

Das bisher letzte Zeitfenster zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts war laut Steinbach die zweite Hälfte der 1990er Jahre. Die Zeit danach sei vom Versagen der USA geprägt gewesen. Insbesondere habe die Regierung Obama dilettantisch und unentschlossen gehandelt. Dagegen beschrieb Steinbach die Politik Russlands im Nahen Osten als „genial“. In Bezug auf Russland dürfe man nicht vergessen, dass dieses Reich seit Katharina d. Gr. eine Nahost-Macht sei. Und Europa? Das stehe an der Seitenlinie.

2. Die „Utopie“

Als Einleitung zum zweiten Teil seines Vortrages knüpfte Steinbach an die griechische Bedeutung des Wortes Utopie als „Nicht-Ort“ an. Es sei hier die Frage, wie der Nahe Osten von einem Nicht-Ort wieder zu einem *topos* im internationalen System werden könne. Dazu entwickelte er einen Katalog von zehn Maßnahmenbündeln, bei denen v.a. Europa eine maßgebliche Rolle spielen müsse. Dafür sei es notwendig, den Nahen Osten „inklusiv“ wahrzunehmen; denn „der Nahe Osten ist ein Teil von Europas Nachbarschaft“.

Zehn Dimensionen zur Rekonstruktion des Nahen Ostens

1. Zunächst solle US-Präsident Trump als eine Chance für Europa begriffen werden. Die erratische Politik des amerikanischen Präsidenten generiere sowohl die Notwendigkeit als auch die Spielräume für eine europäische Nahostpolitik.
2. Sodann sei eine neue politische Großwetterlage unter Einbeziehung von Russland herzustellen. Im Unterschied zu den USA sei Russland vor dem Hintergrund seiner Geschichte eine wirkliche Nahostmacht. Die Großräume Europa, Naher Osten und Russland müssten in eine neue Beziehung gesetzt werden.
3. Der Iran müsse „aus der Ecke geholt“ werden. Ohne Einbeziehung des Iran in eine neue und europäisch-nahöstlich konzipierte Ordnung werde es keine Stabilität in der Region geben. Dazu müssten die gegen den Iran verhängten Sanktionen aufgehoben werden. Steinbach versuchte das Negativbild, welches dem Iran anhaftet, zu korrigieren, indem er auf die positiven Initiativen der iranischen Politik in der Vergangenheit hinwies. So sei es der Iran gewesen, der 1988-1995 einen Dialog über Menschenrechte mit Deutschland in Gang gebracht habe. Ressentiment und Misstrauen gegenüber dem Westen sei dem Iran nicht zu verdenken: Im Kampf gegen die Taliban habe er im Herbst 2001 die „Nordallianz“ und somit den Krieg der USA und der internationalen Gemeinschaft gegen die Taliban unterstützt, sich aber wenig später (2002) von Präsident George W. Bush auf der Achse des Bösen platziert gefunden.

4. Die Türkei muss wieder auf den europäischen Weg zurückgeführt werden.
5. „Die kurdische Frage lösen!“, rief Steinbach auf und fügte hinzu: „aber ohne Gründung eines kurdischen Staates!“.
6. Iran und Saudi-Arabien zusammenzubringen, das wäre eine realistische Aufgabe für die deutsche Diplomatie! In diesem Zusammenhang stelle sich die Herausforderung, die Politik im Nahen Osten aus der Falle des Konfessionalismus zu befreien; aber diese Herausforderung, da war sich Steinbach sicher, müsse die Politik meistern.
7. In Syrien könne und dürfe das Assad-Regime nicht überleben. Durch eine breite politische Zusammenarbeit sei ein lebensfähiges Syrien zu schaffen.
8. Der Palästina-Konflikt ist eine europäische Frage, sagte Steinbach, und sie müsse durch Europa gelöst werden. Die israelische Besatzung habe Hass und einen Haufen von Feindbildern hervorgebracht. Diese Besatzung müsse und könne nur durch Druck auf Israel beendet werden. Steinbach sieht nur eine Zwei-Staaten-Lösung als realistisch an. Eine solche Lösung müsse Bestandteil einer „nahöstlich-europäischen Ordnung“ werden.
9. In einer solchen „nahöstlich-europäischen Ordnung“ müsse insbesondere ein Pakt zur sozialen und ökonomischen Entwicklung des Nahen Ostens geschmiedet werden.
10. Schließlich wäre ein „nahöstlich-europäisches Forum“ einzurichten, um „die geistige Leere“, die in der Region um sich gegriffen habe, zu überwinden und um Ideen, Ideale und Werte zu entwickeln. Steinbach schwebt ein Aufgebot von Intellektuellen vor, die der Moderne im Nahen Osten den Weg bereiten. Er erinnerte an Präsident Mohammad Chamtamis Bekenntnis zur Moderne, als dieser im Juli 2000 in Weimar anlässlich der Einweihung des Denkmals für Hafis und Goethe für einen Dialog zwischen Orient und Okzident warb.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden im Wesentlichen zwei Fragen gestellt. Einige Zuhörer fragten nach der Stabilität bzw. Legitimität von Grenzen in der Region und ob – etwa im Hinblick auf die Kurden – bestehende Staatsgrenzen nicht in Frage gestellt werden müssten. Hier machte Steinbach sehr klar, dass die heutigen Grenzen nicht verändert werden dürften. Dabei müsse man sich von der Vorstellung lösen, dass Identitäten und Staatsgrenzen deckungsgleich sein müssten. Identitäten könnten im Gegenteil quer zu Staatsgrenzen liegen. Sie können sie überschreiten, während innerhalb eines Staates mehrere Kollektive mit unterschiedlichen Identitäten Platz finden können. Der zentralistische Staat, zumal im Nahen Osten, gehöre der Vergangenheit an. Die Verfassungen der Zukunft müssten dieser Tatsache Rechnung tragen.

Im Hinblick auf den starken Einfluss der Evangelikalen auf die US-amerikanische Außenpolitik wurde in Zweifel gezogen, ob die 2-Staaten-Lösung nicht durch die Ereignisse bereits überrollt sei und ob man in Zukunft an Baschar al-Assad überhaupt noch vorbeikommen werde. Steinbachs Votum hierzu war, dass man es in der Hand habe, Assad – etwa über den Wiederaufbau – unter Druck zu setzen. Der Wiederaufbau dürfe nicht Assads Position stabilisieren. Vielmehr sollte Europa bemüht sein, für eine zukunftsfähige Politik Russland, den Iran und die Türkei ins Boot zu holen. Wichtig sei es für die Europäer, sich zu öffnen und einen breiten Rahmen für umfassende Zusammenarbeit aufzutun.

Aber wer sind die Akteure in Europa? Etwas provokant wurde gefragt, was eigentlich Deutschland mit der Nahostproblematik zu schaffen habe; schließlich seien es Frankreich und England gewesen, die die Keime für das derzeitige Chaos gelegt hätten. Es sei offenbar, entgegnete Steinbach, dass Europa im Augenblick handlungsunfähig sei — mehr noch: Gegenüber den Syrern habe es eine doppelzüngige Politik getrieben, indem man einerseits Assad diplomatisch isoliert, dann aber nichts Konkretes mehr gegen ihn unternommen habe; man habe die Syrer allein gelassen. Um als „soft power“ ernst genommen zu werden, brauche die europäische Politik eine berechenbare militärische Komponente, die unter klaren Vorgaben einzusetzen es auch bereit sein müsse. „Heute sind wir alle gefordert“, sagte Steinbach und meinte damit, dass die Krise im Nahen Osten – nicht zuletzt über die Tatsache gigantischer Flüchtlingsströme – jeden in Europa betreffe.

Themenblock I: Regierungspolitiken im regionalen Vier-Eck

Dr. David Jalilvand (*Orient Matters GmbH*)

Saudi-Arabien — Iran

(1) Das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Iran

Das politische System Saudi-Arabiens charakterisierte Jalilvand durch die Formel „Totalisierung von Innenpolitik und Gesellschaft“, seine Politik (einer Analyse des BND 2015 folgend) als eine „impulsive Interventionspolitik“. Die Leitlinien der Außen- wie der Regionalpolitik gehorchen den „vier Zielen der Bewahrung“: Bewahrung des Königshauses, Bewahrung der Region, Bewahrung der Religion und Bewahrung des Systems der Wirtschaft. Daraus ergibt sich ein status-quo-Denken, das sich in zwei Absichten erschöpft: Zurückdrängung des Schiismus und Zurückdrängung des Iran.

Beim außenpolitischen Engagement Saudi-Arabiens unterschied Jalilvand vier Phasen:

- 2011–2015 Unterstützung syrischer Rebellen jedweder Couleur bis zum Rückzug 2015 aus Syrien angesichts des Eingreifens Russlands.
- ab 2015 Engagement in Jemen gegen die Huthis, auf deren Seite der Iran steht.
- ab 2017 Politische Blockade Qatars, welches mit den Muslimbrüdern verbündet war.
- ab 2017/18 Verbindung mit den USA in der Unterstützung der Strategie der „Maximum Pressure“ auf Iran.

Das politische System Irans charakterisierte Jalilvand als „präsidentielle Theokratie“, strukturell vergleichbar mit Frankreich. Im Gegensatz zu Saudi-Arabien bildet sich in der Innenpolitik Irans die Dynamik einer Vielzahl konkurrierender politischer Lager ab. Drei politische Zentren hob er hervor: den geistlichen Führer Ali Chamenei, das Lager um Hassan Ruhani und Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sowie die Pasdaran und die Revolutionsgarde, sowie der Quds-Einheit unter General Qasem Soleimani.

Die Leitlinien der iranischen Politik beschrieb er durch die beiden Formeln „strategische Einsamkeit“ und Bemühen um „strategische Tiefe“. Letzteres bedeutet

- Festhalten am Raketenprogramm (eigene Absicherung durch asymmetrische Abschreckung),
- Kooperation mit Nachbarn (Afghanistan, Irak) und
- Förderung nicht-staatlicher Akteure (Milizen in Libanon, Irak, Palästina).
Seit 2011 ist der Iran außenpolitisch im Spannungsgebiet Syrien engagiert.

Jeder Beobachter und jeder, der als Akteur in Beziehungen mit dem Iran trete, müsse sich darüber klar sein, dass die Politik des Landes heute nicht ohne gewisse traumatische Erfahrungen aus der jüngeren Geschichte des Landes zu verstehen sei. Jalilvand nannte die wiederholten Teilbesetzungen durch Russen und Briten seit dem Ersten Weltkrieg und den von USA und Großbritannien choreographierten Putsch von 1953 gegen den gewählten Präsidenten Mossadegh.

(2) Von *strategic patience* zu *lose - lose*

Aus Sicht des Vortragenden hat der 8. Mai 2018, als die USA mit dem Austritt aus dem Atom-Abkommen von einer Politik der *strategic patience* zu einer Politik maximalen Drucks umschwenkten, bis Sommer 2019 die Spannungen erhöht. Die 12 *demands*, die von den USA an die Adresse des Iran gerichtet wurden, seien von vornherein auf Unerfüllbarkeit berechnet gewesen. Währenddessen sei das BIP des Iran um 9% geschrumpft. Die politische Antwort des Iran sei eine dreifache: im Nuklearbereich eine Krise herbeizuführen, die regionale Sicherheit aufs Spiel zu setzen und die Fragilität der Nachbarstaaten vor aller Augen deutlich werden zu lassen. Insgesamt führt das – so die Schlussfolgerung – zu einer *lose-lose*-Situation.

So sprach Jalilvand hinsichtlich der innenpolitischen Situation Saudi-Arabiens und des Iran sowie der kritischen Zuspitzung bis zu einem Zustand des *lose-lose* von einer dreifachen Krise. Zudem vollzögen die VAE gegenwärtig wohl einen Kurswechsel zugunsten des Iran. In dieser Lage befinde sich die EU eindeutig in einer Randposition. Obwohl äußerst besorgt über die Bedrohung des 2015 geschlossenen Atomabkommens mit dem Iran, hat die EU den vorgesehenen *Dispute Resolution Mechanism* nicht ausgelöst.

Prof. Dr. Burak Çopur (*IUBH Internationale Hochschule, Standort Dortmund*)

Vom Aufstieg und Fall der Türkei

Çopur beschrieb den Rollenwechsel der Türkei seit Beginn des 21. Jahrhunderts als den Weg „vom *rising star* zum *trouble maker*“. Bezeichnend wirkten die drei Fotoaufnahmen von Erdoğan, die er zur Illustration dieses Wandels in der politischen Position der Türkei zeigte: der Präsident zunächst mit der EU-Flagge im Hintergrund, dann mit dem „Rabia“-Zeichen der vier Finger (R4bia) und schließlich mit dem Wolfsgruß der MHP. Diese drei Symbole entsprachen der dreistufigen Periodisierung für Erdoğan's Politikkonzepte, die er vornahm:

2002-2010 Europäismus

2011-2016 Neo-Osmanismus

Ab 2016 Eurasismus

Das erste Jahrzehnt des Jahrhunderts charakterisierte Çopur als eine Zeit der „stillen Revolutionierung“, der Modernisierung der Wirtschaft und der Entmilitarisierung der Außenpolitik. Es wurden Wege zum Ausgleich mit Zypern und mit Griechenland beschritten, und es fanden Vermittlungsversuche zwischen Palästina und Israel statt. Er erwähnte auch die Friedensprotokolle mit Armenien. Die Türkei hatte 2010-2011 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats inne. Um 2011 erfolgte ein Politikwechsel weg von „*soft power*“ hin zum Konzept „Strategische Tiefe“. Parallel zu den Revolten des „arabischen Frühlings“ und der von Deutschland und Frankreich betriebenen Ablehnung einer EU-Vollmitgliedschaft für die Türkei vollzog sich eine Hinwendung der AKP zum politischen Islam (Muslimbruderschaft) und eine Revision der kemalistischen Westorientierung, wobei Çopur dem „Lebensraum“-Konzept des deutschen Geographen Karl Haushofer (1869–1946) bei der Formulierung der türkischen Außenpolitik einen starken Einfluss beimaß. Als den Initiator dieser Politik machte er Ahmet Davutoğlu aus, dessen Bedeutung als Gedankenlieferant man schwerlich überschätzen könne und den er vorrangig als Politikwissenschaftler vorstellte. In der „neo-osmanischen“ Phase erhob die Türkei einen Führungsanspruch in der sunnitisch-islamischen Welt.

Für die Zeit seit 2016 beschrieb der Vortragende die türkische Außenpolitik als diktiert von türkischer Innenpolitik. Seit dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016 sei vollends eine anti-westliche Politik zum Durchbruch gekommen. Seitdem seien die USA im Westen und die Kurden innerhalb und

außerhalb des Landes ein gemeinsames Feindbild für die Kräfte, die das Konzept „Eurasien“ voranzutreiben versuchten. Eurasien umfasse dabei eine prospektive Union von Spanien über Russland bis zum Iran. Als einen Hauptakteur, der über Alexander Dugin Verbindungen bis zum russischen Präsidenten Putin aufrechterhalte, nannte Çopur den türkischen Politiker Doğu Perinçek. Innenpolitisches Ziel dieses Lagers sei es, einen Keil zwischen CHP und HDP zu treiben. Außenpolitisch werde auf den Pakt von Misak-ı Millî 1920 zurückgegriffen, was eine Revision des Vertrages von Lausanne impliziert.

Dr. Dan Orbach (*Hebräische Universität Jerusalem*)

Israels *Grand Strategy* (Vortrag in Englisch)

Bis 1948 herrschte die Illusion, ein israelischer Staat innerhalb Palästinas unter britischem Mandat werde möglich sein und der zu erwartende Wohlstandsgewinn im Zuge des künftigen wirtschaftlichen Wachstums werde die Araber mit dieser Situation versöhnen. Der Palästinakrieg 1947–1949 führte indes zum Zerfall der palästinensischen Gesellschaft. Nach 1948 hatte die israelische Politik fünf Ziele. An erster Stelle stand das Überleben des jüdischen Staates. Das zweite Ziel, die Vergrößerung des Staatsgebietes bis zur Grenze des historischen Palästinas, stand, so Orbach, in einem strukturellen Widerspruch zu Ziel 3, der Bewahrung des jüdischen Übergewichtes. Viertens sollte Israel Teil des Westens sein, worin der Vortragende ein Fortleben des zionistischen Programms sah. Schließlich – und dieses Ziel war den beiden vorgenannten untergeordnet – ging es Israel darum, im Mittleren Osten anerkannt zu sein.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen skizzierte der Vortragende, Yagil Henkin folgend, zwei konkurrierende Interpretationen von Israels „Grand Strategy“. Vor allem 1948 bis Mitte der 1970er Jahre und wieder ab 2000 sei eine „realistisch-opportunistische“ Doktrin verfolgt worden. Von 1975 bis zur Jahrhundertwende habe eine visionäre Einstellung, für neue Wege bereit zu sein, überwogen.

Die erste Doktrin charakterisierte Orbach als eine vergleichsweise „aufgeschlossene“. Wer ihr folgte, war bereit, sich bietende Gelegenheiten beim Schopfe zu packen, allerdings bei aller Vorsicht, und ohne bestimmten Lösungsoptionen hinterherzulaufen. Die Maxime in diesem

Handlungsparadigma sei gewesen, Israel müsse gefürchtet werden und es müsse den Sieg über arabische Koalitionen davontragen können. Ziel müsse sein, so viel Land wie möglich zu akquirieren und dies mit so wenig Arabern wie möglich. Dabei sei es gemäß dieser Doktrin wichtig, die Unterstützung wenigstens einer Großmacht zu gewinnen. Informelle Allianzen und verdeckte Kooperationen sollten unter Beachtung des Grundsatzes der Offenheit und Flexibilität möglich sein; Friedensverträge sollten nur in Form der Festschreibung eines status-quo abgeschlossen werden.

Die zweite Doktrin beinhalte, sagte Orbach, v.a. eine „teleologische“ Komponente, womit er meinte, sie fordere, dass Politik an übergeordneten Zielen orientiert sein müsse. Zweitens sei gemäß dieser Doktrin nicht die Unterstützung durch eine beliebige Großmacht wichtig, sondern diese Großmacht müssten ausdrücklich die USA sein, wenn auch die Funktion, für Sicherheit zu sorgen, temporär auch auf andere Akteure bzw. Agenturen verlagert werden könne. Jeder Friedensvertrag sollte stets nur der erste Schritt sein, um neue Sachlagen zu schaffen. Land gegen Frieden sei dieser Doktrin nach, eine mögliche Option, aber nur mit größter Zurückhaltung anzuwenden.

Das Jahr 1973 bezeichnete Orbach als den Zeitpunkt der Wende von der einen zur anderen Doktrin, und er gab zu verstehen, dass es das Politikkonzept der „realistisch-opportunistischen“ Doktrin, das in dem Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmend gewesen sei, als Spätfolge letztlich ermöglicht habe, nach dem Jom-Kippur-Krieg das Friedensabkommen von Camp David abzuschließen.

Im Überblick stellte Orbach fest, dass die Besetzung von Westjordanland und Gazastreifen Israels Strategie in eine Krise gestürzt habe. Nach der Ersten und der Zweiten Intifada habe Ariel Scharons „*disengagement plan*“ positive Perspektiven für die Zukunft erwarten lassen, diese seien aber überdeckt worden durch die folgenden Entwicklungen, in deren Verlauf die Führungsrolle Benjamin Netanjahu zufiel. Diesen ordnete der Vortragende tendenziell der „realpolitisch-opportunistischen“ *Grand Strategy*-Konzeption zu und zitierte den Ausspruch *The sea is the same sea, the Arabs are the same Arabs*. Die Leitlinien der israelischen Politik bestünden seitdem darin, den Iran als den Hauptgegner anzusehen, arabische Staaten indes als potentielle Verbündete. Es werde vorgezogen, dass Hamas im Gazastreifen verbleibe, um jedes Streben nach einer endgültigen Konfliktlösung im Keim zu ersticken.

In vier Aussagen wollte Orbach seine Schlussfolgerung zusammengefasst wissen:

- Die gegenwärtige Lage ist durch zerstückelte und geschwächte Institutionen (*fractured and weakened*) und eine hohe Personalisierung der Politik belastet.
- Die israelische Politik verlässt sich stark auf den internationalen rechten Populismus.
- Auf den Iran versuche man von mehreren Seiten und auf mehreren Ebenen einzuwirken („*octopus doctrine*“).
- Die demographische Entwicklung ist ein politikbestimmender Faktor.

Podiums- und allgemeine Diskussion

In der Diskussion über die drei Vorträge nahm der Iran einen breiten Raum ein. Auf die unverblünte Frage „Warum unterstützt Iran Terrorgruppen?“ wurde mit einer Distanzierung vom Begriff „Terrorgruppe“ geantwortet, weil er sehr unbestimmt und wechselweise zuordenbar sei. In wissenschaftlich präziser Sprache sei der Begriff „nicht-staatliche Akteure“ vorzuziehen. Konkret müsse festgehalten werden, dass das Bemühen, als eine Regionalmacht anerkannt zu werden, ein Politikziel des Iran schon vor 1979 gewesen sei. Nach der Iranischen Revolution hinzugekommen sei

- eine imperialismustheoretisch inspirierte Orientierung auf die „Dritte Welt“,
- die Abwendung von den USA sowie
- ein Gefühl militärischer Unterlegenheit, das zu einer Neigung, nicht-staatliche Akteure außerhalb des Landes zu fördern, führe.

Entgegen vordergründiger Feindbilder sei festzuhalten, dass der Iran faktisch nirgends Konflikte entfacht habe. Allerdings hätten die iranischen Regierungen Machtvakua, wo sie sich ergaben, jeweils geschickt ausgefüllt und für ihre Interessen genutzt.

Innenpolitisch erscheint der Iran im Augenblick destabilisiert, befand ein Zuhörer. Welche Rolle spielen in dieser Situation die Minderheiten im Iran und ihre Unzufriedenheit mit dem System? Darauf wurde zunächst mit einem Ausspruch des Königs Salman ibn Abd al-Aziz geantwortet: „Wir müssen den Kampf in den Iran tragen, bevor er zu uns kommt.“ Die Minderheitenproblematik des Iran werde aber überschätzt. Im Iran gebe es keine ethnischen Diskriminierungen. Bezeichnenderweise hätten die aktuellen

Aufstände im iranischen Kernland stattgefunden, nicht an den Rändern. Vor allem sei der Angelpunkt der Proteste ein sozioökonomischer, ein Aufschrei gegen Günstlingswirtschaft und der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit.

Ist mit einer Annäherung zwischen Riad und Teheran zu rechnen? Die Antwort war zurückhaltend. Dezent Annäherungen seien nicht ausgeschlossen; gegenwärtig werde sicher abgewartet, was mit Präsident Trump geschehe. Abgesehen davon, dass der Iran es im Jemen bei relativ geringem Einsatz gut schaffe, Saudi-Arabien vor sich herzutreiben, gebe es gewisse Kontakte zwischen Riad und den Huthis. Ausgehend von der Feststellung, dass aus Israels Sicht Jordanien ein unzulängliches Bollwerk sei, wollte ein anderer Zuhörer wissen, ob Israel versuchen könnte, gegen den Iran in Syrien vorzugehen. Darauf wurde geantwortet, „die Frage sei, wer den ersten Schlag ausführe“ („Who will jump first?“). Israel werde lieber für Krieg optieren als eine Stärkung der Position Irans in Syrien hinzunehmen.

Themenblock II: Innen- und gesellschaftspolitische Dimensionen

Dr. Naseef Naeem (*Zenith Council Berlin*)

Religion und Staat

Naeem, Staatsrechtler, ging zunächst auf den Begriff Verfassung ein und auf den Unterschied zwischen „Verfassung“ und „Gesetz“. In der Spannung zwischen Verfassung und Gesetz ist entscheidend: Wie setzen Exekutive bzw. Judikative das Gesetz um? In seinem Vortrag hob er zwei Prämissen hervor: Bei Kultur geht es nicht nur um Werte und Normen; darüber hinaus müsse man im Auge behalten, dass Kultur mit Macht verbunden sei. Im Verhältnis von Religion und Staat stelle sich zweitens die Frage der Integration. „Religion“ heißt im Nahen Osten zunächst Islam; aber man dürfe nicht übersehen, dass es eine Reihe anderer Religionen gebe. Nun impliziere die Anerkennung oder Nicht-Anerkennung monotheistischer bzw. nicht-monotheistischer Religionen immer eine Sortierung der Bürger, ihre Kategorisierung und unterschiedliche Behandlung. Unter diesem Aspekt diskutierte er die Verfassungen nach dem Jahr 2011. Der Stellenwert des Islam variiert von Staat zu Staat. Zum Beispiel ist in Syrien in der neuen Verfassung von 2012 festgelegt, dass sich das Recht in Syrien nach der Religionszugehörigkeit bestimmt (Ehe- und Familienrecht). In Ägypten z.B. hat die al-Azhar-Universität ein großes informelles Gewicht.

Über alle Unterschiede hinweg (Tunesien bilde eine positive Ausnahme) kann man festhalten, dass die Gleichheit der Bürger unter dem Aspekt der Religion eingeschränkt ist. Die Religion lege sich „wie eine Superordnung“ über alle Verfassungsregelungen. Sie werde mithin zu einer Ressource, die der Staat nach Belieben einsetzen kann, werde dadurch auch abhängig von den jeweiligen Forderungen, die aus der Auslegung der „Staatsräson“ gezogen werden.

Prof. Dr. Roswitha Badry (*Universität Freiburg, Orientalisches Seminar / Genderforschung*)

Frauen, Familie, Demographie

Die Hochschullehrerin in der Abteilung für Islamwissenschaft des Orientalischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. und am

Zentrum für Anthropologie und *Gender Studies* legte eine Vielzahl von statistischen Tabellen vor und gab den Zuhörern mit Hilfe von Kennziffern zu Demographie, Frauen und Familie Eindrücke von der Partizipation von Frauen an gesellschaftlichen Prozessen, ihren Bildungschancen und ihren Chancen für Aufstiegsmobilität im Vergleich mehrerer Länder der Region. Sie ging auf die Weltbevölkerungskonferenzen, insbesondere auf die Konferenz von Nairobi im November 2019 ein und dort auf den Auftrag zur Reduktion der Geburtenzahlen und zur Bildung von Frauen und Mädchen. Sie verglich diese Programme mit dem Aktionsprogramm, das am Ende der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 für die nächsten 20 Jahre verabschiedet worden war und das vorgesehen hatte, Bevölkerungs-, Entwicklungs- und Frauenrechtspolitik zu verbinden. Insbesondere sollten damals bevölkerungsrelevante Maßnahmen verstärkt in Entwicklungs-Strategien integriert werden. Dies alles fand sie nur unzulänglich umgesetzt. Die Vortragende wandte sich gegen alarmistische Prognosen über angeblich bevorstehende Bevölkerungsexplosionen und betonte wiederholt, dass Szenarien über längere Zeiträume, z.B. von heute bis 2050, nicht seriös entworfen werden könnten.

Podiums- und allgemeine Diskussion

Badry nutzte die Gelegenheit einer Antwort, um eine Beobachtung mitzuteilen, die für sie große Aussagekraft im Hinblick auf die Wahrnehmung der sozialen und politischen Umwelt bei der Bevölkerung beanspruchte. Der Roman erlebe gegenwärtig in der Region, die jahrhundertlang durch das Übergewicht von Lyrik geprägt gewesen sei, einen ungeahnten Aufschwung. Dies führte sie darauf zurück, dass sich im Roman die Widersprüchlichkeiten im sozialen Leben, die Verwerfungen im sozialen Gefüge besser darstellen lassen. Steinbach machte auf den gewaltigen Zustrom von jungen Frauen in die tertiäre Bildung v.a. im Iran und in Qatar aufmerksam.

Die Diskussion mit den Zuhörern drehte sich in erster Linie um Verfassungsfragen, z.B. den gegenwärtigen Ruf nach Aufhebung des religiösen Proporz in Libanon und die Frage einer Konföderalisierung Syriens. Es wurde auch die Annahme geäußert, dass Monarchien größere Stabilität versprechen als Demokratien. Dieser Eindruck jedoch, so reagierte darauf Naem, rühre einfach daher, dass Monarchien mehr Geld zu verteilen hätten.

Wer legt fest, was Bestandteil der „Sharia“ ist? Es wurde klar, dass diese Frage nicht schematisch zu beantworten ist. Naeem verwies als Beispiel auf §1 der tunesischen Verfassung, in der festgelegt sei: „Der Islam ist die Religion des Staates.“ Nicht entschieden sei damit allerdings die Frage, ob die Religion demnach der Kern „nur“ der Kultur sein solle oder ob der Staat festlege, was „Sharia“ ist. Damit sei auch die Frage verbunden, wieviel Macht der Staatspräsident, wieviel das Parlament habe. Die Frage nach der Sharia sei auch eine Frage der „Verfassungskultur“. Außerdem sei zu beachten, dass die „Verfassungsprozesse“ in den MENA-Staaten wie auch in Afghanistan stark internationalisiert seien, mit globalen Agenturen wie etwa der Weltbank.

Dr. Thomas Scheffler (*Freie Universität Berlin*)

Minderheiten als Herausforderung politischer Ordnung

Scheffler widmete sich der in seinen Worten „Nebelwolke substaatlicher Gruppen“, einem Phänomen übrigens, welches, wie er sagte, typisch für den Nahen Osten sei, bereits beschrieben von Ibn Chaldun.

Der Redner hinterfragte zunächst den Begriff „Minderheit“. Der Begriff sei nicht unreflektiert auf alle Zeiten und alle Regionen anwendbar. Er entstamme einem „zähldemokratischen Diskurs“, der vielleicht – das unterstelle der Vortragende jedoch nicht explizit – ein erstens typisch europäischer und zweitens typisch neuzeitlicher ist. Im Osmanischen Reich habe es ein „durchaus erfolgreiches Diversitätsmanagement“ gegeben. Das Problem mit den sogenannten „Minderheiten“ stellte der Vortragende als eine Folge des Prozesses der Modernisierung dar, zu dem auch die Alphabetisierung zu rechnen sei. Im Transformationsprozess des Osmanischen Reiches habe auch die sog. „ethnische Minderheit“ das Licht der Welt erblickt. Die Nachfolgestaaten haben das Millet-System in unterschiedlicher Weise übernommen. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches gerieten die „Minderheiten“ unter den Generalverdacht, die neuen Staaten zu untergraben.

Der Mehrheits- / Minderheits-Diskurs qualifiziert die als Mehrheit oder Minderheit beschriebene Gruppe in spezifischer Weise. Bei Francesco Capotorti finde man etwa die Minderheit durch die Merkmale definiert, in denen sie sich von der Mehrheit unterscheidet. Solche Bestimmungen, kritisierte

Scheffler, unterstellen z.B., dass sich Minderheiten in einer nicht-herrschenden Position befinden, was im Nahen Osten oft nicht der Fall sei. Sie stellen Traditionspflege in den Vordergrund der Aktivitäten von Minderheiten, statt deren Drängen auf politische Geltung und aktive Gestaltung angemessen zu berücksichtigen. Zweitens machte Scheffler darauf aufmerksam, dass auf diese Weise Fremdzuschreibungen vorgenommen werden, z.B. wenn Minderheiten von außen als „Teile von Mehrheiten“ definiert werden. Zudem würden sich Minderheiten selber oft nicht als Minderheiten wahrnehmen. Im Libanon z.B. werde der Begriff der „Minderheit“ in offiziellen Diskursen eher selten verwendet, manchmal auch ostentativ vermieden.

Neben diesem konstruktivistischen Charakter, den er den Begriffen „Mehrheit“ und „Minderheit“ angeheftet sah, benannte der Vortragende zwei in der menschlichen Anthropologie verankerte Triebkräfte, die die Dynamik, die zwischen Gruppen herrscht, bestimmen. Einerseits handelt es sich um das Streben nach Gleichheit, das für Tocqueville die Triebkraft der Demokratie bzw. jeder Demokratisierung darstellte; auf der anderen Seite gebe es jene Triebkraft der Kulturentwicklung, die Freud mit dem Begriff des „eros“ bezeichnete, eine Kraft, die Einzelne zu sozialen Gruppen zusammenbindet.

Die Frage, wohin der Nahe Osten „treibe“, sei mithin auch unter Hinweis auf diese „universalgeschichtlichen Tiefenströmungen“ beantwortbar. Wie vom 18. bis zum 21. Jahrhundert das Streben nach Demokratie und die emotional gestützte Gruppenbildung die „Minderheitenfragen“ im Nahen Osten, Machtzuwächse und größere Partizipationsansprüche nicht-muslimischer Gruppen, den Aufstieg immer neuer, z.T. bewaffneter Akteure auf den politischen Bühnen der Region und in den inzwischen weltweiten Gemeinschaften, beeinflusst haben, war das Thema des letzten Teils seines Vortrags.

Abschließend zitierte der Vortragende das Buch *Exit, Voice, and Loyalty* (1972). Neben den drei Artikulationsmöglichkeiten von Minoritäten (Emigration, Protest, Unterwerfung), die Albert O. Hirschman dort nennt, zeige die Geschichte der Minoritäten im Nahen Osten, dass Bewaffnung aussichtslos und externe Unterstützung prekär sei. Eine Verbesserung ihrer Lage sei nur durch Aushandlungen mit den Nachbarn zu erwarten.

Dr. Heiko Schuss (*Abdullah-Gül-Universität, Kayseri*)

Sozio-ökonomische Problemlagen

Schuss verwendete den Begriff des Rentierstaates, um die gegenwärtige Lage und die zukünftige Entwicklung des Nahen Ostens zu beschreiben. Den Beginn der Entwicklung dieser Sozialform im Nahen Osten setzte er mit den 1970er Jahren an. Der Rentierstaat beruht auf Renteneinnahmen, die der Staat vereinnahmt, wie es auch Gewinne aus der Erdölförderung sind. Das gibt dem Staat eine gewisse Autonomie gegenüber der Gesellschaft. Der Staat kann sich dadurch Solidarität auf dem Wege der Verleihung von Privilegien sichern und Forderungen nach Mitbestimmung abwehren. Für private Unternehmer ist dann die Nähe zum Staatsapparat von ausschlaggebender Bedeutung. Weiter wies Schuss darauf hin, dass Rentierstaaten miteinander systematisch verbunden seien.

Er fragte, was dieses System für den *social contract* bedeute. Zunächst erzeugt es die Erwartung, dass der Staat Sicherheit und Versorgung garantiere. Diese versuche der Staat vor allem durch Subventionen z.B. für Nahrungsmittel und Energie herzustellen statt durch direkte Unterstützungen. Im Gegenzug verzichtet die Bevölkerung auf Forderungen nach Partizipation.

Die Krise des Rentierstaates beschrieb der Vortragende unter folgenden Aspekten. Eine partielle Öffnung und Liberalisierung des Systems führt zu einer Klientelwirtschaft, für die er den Terminus „*Crony Capitalism*“ verwendete, bei gleichzeitiger Frustration der Mittelklasse. Deren steigende Erwartungen werden enttäuscht, Unruhen sind die Folge.

Möglichkeiten für einen neuen Gesellschaftsvertrag diskutierte Schuss unter Zuhilfenahme von Kennziffern der *World Development Indicators*, speziell der Arbeitslosenquoten, der Armutquoten und des Gini-Indexes für ökonomische Ungleichheit.

Um einen Ausblick auf wahrscheinliche Entwicklungen in der Zukunft zu gewinnen, müsse man, bekannte Schuss, davon ausgehen, dass der „Arabische Frühling“ gescheitert sei. Er rechnet mit einem kurzen *revival* des Rentierstaates und erwartet für die Zukunft weitere Proteste und Unruhen.

Dr. Graf Strachwitz

(*Maecenata-Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft*)

Zivilgesellschaftliche Akteure

Der Vortragende referierte einige allgemeine Grundlagen zur Bestimmung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ und zitierte aktuelle Befunde aus dem Jahres-*Report* der globalen Allianz CIVICUS von 2019.¹ Als gute Beispiele für Formen und Wirkungen zivilgesellschaftlicher Aktivität führte er die Charta 77 und die Leipziger Montagsdemonstrationen an, aber auch die Widerstandsgruppen im Dritten Reich und die spontanen Helfer bei der Masseneinwanderung von Flüchtlingen 2015. Als ein generelles Merkmal zivilgesellschaftlichen Engagements betonte er die Opposition gegen staatliches Handeln.

In vier Punkten machte Graf Strachwitz Bemerkungen zur Bedeutsamkeit und zu den Gefährdungen der Zivilgesellschaft. Die wiederholten Versuche in der Geschichte, Demokratie ohne intermediäre Instanzen aufzubauen, können allesamt als gescheitert angesehen werden. Das könne man z.B. an dem Umschlag im revolutionären Frankreich von 1791 auf 1792 ablesen. Als Frankreich sich ausschließlich als Nationalstaat definierte, sei die Schreckensherrschaft von 1793 nicht weit gewesen. Die Schlussfolgerung aus der historischen Erfahrung müsse mithin lauten, nicht die Demokratie stelle Zivilgesellschaft her, sondern diese sei eine Vorbedingung für jene. Was nun ist zweitens das Spezifikum von Zivilgesellschaft? Sie habe – anders als die Systeme Markt und Staat – immer etwas mit Selbstermächtigung zu tun; Graf Strachwitz nannte sie einen „unermüdlichen Revolutionär“. Im Gegensatz zu populistischen Bewegungen würde sie nicht „austrocknen“. Ein prominentes Beispiel für konkrete zivilgesellschaftliche Leistungen in der Gegenwart sah Graf Strachwitz in der Frauenbewegung, die ohne die Zivilgesellschaft nicht möglich gewesen wäre. Er zeigte sich guter Hoffnung, dass die Zivilgesellschaft – „wenn sie nicht funktionalisiert wird“ – ethnische, religiöse und andere Grenzen dieser Art überspielen werde. Politisch sei sie kompatibel mit dem Modell der deliberativen Demokratie im Sinne von Jürgen Habermas.

Viertens kam Graf Strachwitz auf die Grenzen zu sprechen, die der Zivilgesellschaft möglicherweise auferlegt sind. Offensichtlich liege eine Bedrohung im „schwindenden *civic space*“. Zweitens sei aber auch zu betonen:

¹ <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2019> (letzter Zugriff: 05.02.2020)

„Zivilgesellschaft ist nicht per se gut“. Eine Begrenzung wird durch die Frage der normativen Kriterien, mit denen der Begriff der Zivilgesellschaft verbunden werden muss, markiert. Er räumte ein, Zivilgesellschaft könne auch mit einem „Gesellschaftsbild, das wir nicht billigen“, verbunden sein. Diese Frage wurde in den folgenden Diskussionen noch des Öfteren angesprochen.

Kristin Helberg (*Freie Journalistin, Berlin*)

Zivilgesellschaftliche Akteure: Fallstudie Syrien

Kristin Helberg hat mehrere Jahre in Syrien gelebt und gab eine anschauliche Diagnose der syrischen Innenverhältnisse in Bezug auf die Lage der Zivilgesellschaft in dem Land. Gerade in Syrien seien die Verhältnisse besonders schwierig; trotzdem gebe es dort eine Zivilgesellschaft.

In ihren Ausführungen zur Vorgeschichte der heutigen Situation hob sie die Elemente der Modernisierung und der Kontrolle, für die der Baathismus in Syrien stand, hervor. Die Baath-Partei habe eine umfassende Kontrolle der Gesellschaft ausgeübt und den Bürgern keinerlei Selbständigkeit außer der des religiösen Bekenntnisses zugelassen, so dass jedes zivilgesellschaftliche Engagement automatisch oppositionelles Handeln geworden sei. Das habe sich unter Baschar al-Assad nicht geändert. Dieser habe eine zusätzliche Modernisierung durchgeführt, insofern er den Sozialismus vollends über Bord geworfen habe, aber keine Reformierung des Systems. Seine Frau Asma al-Assad, in England sozialisiert, rief den *Syrian Trust for Development* ins Leben, eine umfassend tätige „GONGO“, die durch ihr Vorhandensein die syrische Zivilgesellschaft sozusagen vereinnahmt habe.

Der März 2011 war, sagte Helberg, „die Geburtsstunde der Zivilgesellschaft in Syrien“. Die Entwicklung ab 2011 sei durch die Losungen „Würde“ und „Freiheit“ geprägt gewesen. Unter „Freiheit“ sei individuelle Freiheit verstanden worden, und „Würde“ habe auf Chancengleichheit gezielt. Der zivile Widerstand war, so berichtete Helberg, regional begrenzt, nicht national ausgedehnt und weitgehend ohne charismatische Führungsfiguren. In allen Ecken des Landes entwickelten sich Gefühle der Solidarität, allerorten erwachte politisches Bewusstsein, und dies nicht zuletzt bemerkenswerterweise auch auf dem flachen Land. Diesen „Graswurzelcharakter“ habe die

westliche Berichterstattung, die die Oppositionellen entweder als Opfer oder als Islamisten perzipiert habe, völlig verkannt.

Vielfach bauten diese Oppositionellen eine alternative Verwaltungsstruktur („Provinzräte“) auf, während andere Widerstandsgruppen sich zunehmend militarisiert hätten. Drei Themen seien es gewesen, die diese syrische Opposition hauptsächlich bewegt haben: politische Einwirkung „im engeren Sinne“, Engagement in Verwaltung und Selbstorganisation und drittens einfach humanitäre Hilfe. Man könne von zwei Varianten („Komponenten“) der Oppositionsbewegung sprechen, von einer modernen und von einer traditionellen; letztere seien die Verlierer der liberalen Reformen gewesen und in etwa als „Wutbürger“ zu bezeichnen. Aus dieser Richtung habe sich viel Hass gegen Andersdenkende entwickelt. Die Berichterstatteerin machte an einigen Beispielen deutlich, was sie „die Verlogenheit des Westens“ nannte, der diese Verhältnisse in ihrer Differenziertheit nicht wahrgenommen habe.

Die Hilfsangebote durch die internationale Gemeinschaft kritisierte Helberg als weitgehend kontraproduktiv, vor allem deswegen, weil sie nur in Form kurzfristiger „Projekte“ geleistet und nicht koordiniert gewesen seien. Diese internationale Hilfe habe zu einer „NGO-isierung“ der Opposition geführt. Aus Aktivistinnen und Aktivisten einer Graswurzelbewegung seien auf diese Weise Projektantragsteller geworden, aus zivilgesellschaftlich Bewegten „Angestellte“ in einem Hilfsprojekt. Auf Seiten der internationalen Organisationen habe vielfach Misstrauen bestanden, ob man nicht „Terroristen“ finanziere; insofern seien diese Organisationen keine wahrhaftigen „Partner“ gewesen, hätten sich immer wieder und auch unerwartet zurückgezogen und dadurch Dschihadisten Entfaltungsraum gegeben.

Der Ausgangspunkt für ihre Gedanken über die Entwicklung in der Zukunft war eine Beobachtung, die sie bei vielen Aktivistinnen und Aktivisten habe machen können; diese hätten nämlich das Gefühl, in doppelter Weise allein gelassen zu sein. Zum einen sähen sie sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen. Zum anderen hätten sie das Gefühl, selber einen Verrat begangen zu haben. Zudem herrsche unter ihnen ein allgemeines Misstrauen gegenüber der Politik. Dazu beschrieb sie eine gewisse Ausweglosigkeit, für die die Region um Idlib symbolhaft ein Beispiel biete. Die Unterstützung aus dem Westen schwindet, der Einfluss des Assad-Regimes kehrt zurück; man erkenne, dass künftige Veränderungen nur noch in diesem Rahmen möglich sein werden. Viele Oppositionelle seien inzwischen emigriert, von Idlib ins Kurdengebiet oder überhaupt in angrenzende Staaten

wie Türkei oder Libanon. Trotzdem wollte Helberg einen verbreiteten *spirit of change* ausgemacht haben. Sehr wichtig für die Opposition sei die Diaspora in Europa; sie solle man als Partner begreifen. Die generelle Schlussfolgerung von Kristin Helberg war, dass „die Revolution immer unten beginnt“, das heiße: beim Individuum und seinen sozialen Lernprozessen.

Daniel Gerlach (*Magazin Zenith, Berlin*)

Substaatliche Gewaltakteure

Zum Einstieg machte Gerlach einige definitorische Bemerkungen über seinen Begriff von Zivilgesellschaft, über Staat und „nicht-staatliche“ Akteure. Den Begriff von Zivilgesellschaft versuchte er sehr weit zu fassen und wollte in diesem Sinn auch einen Nomadenstamm als eine zivilgesellschaftliche Gruppe verstanden wissen. Er diskutierte kurz, was in der Region „Staat“ heißen könne, und stellte fest: Der „IS“ war kein Staat. Der Begriff der *non-state armed groups* sei insofern missverständlich, als auch diese in staatliche Strukturen eingebunden sein könnten. Sie erstarkten in dem Maße wie das Gewaltmonopol des Staates schwinde.

Er unterschied drei Merkmale bzw. Typen nicht-staatlicher Gewaltakteure.

- Gewaltakteure, die ein ideologisch ausformuliertes Gegenmodell zum herrschenden Staat vertreten. Beispiele wären die PKK oder dschihadistische Gruppen.
- „Hybride“ Formen der Verbindung von wirtschaftlichen Interessen mit kriminellen Mafiastrukturen und Profitmacherei durch Schmuggel und Plünderung. Typisch ist das Agieren von sog. *warlords*; Gerlach wollte hier möglicherweise auch Einsatzgruppen privater „Sicherheits“-Unternehmen wie *Blackwater* subsummieren.²
- paramilitärische Verbände, typischerweise mit staatlichen Gewalten synchronisiert, z.B. die „Suaven“-Söldner, die noch im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden, früher im Osmanischen Reich lokale Milizen, im syrischen Bürgerkrieg in der Provinz Homs christliche Milizen wie die *Usud al-*

² <https://www.academi.com/> (letzter Zugriff: 05.02.2020)

Hamidiya, die *Tiger Forces* in Nordsyrien, die auch Kristin Helberg erwähnt hatte, oder die iranischen *Basidschi*.

An den letztgenannten Beispielen verdeutlichte Gerlach ein gemeinsames Merkmal bei diesem Typ nicht-staatlicher Gewaltakteure, nämlich ihre ideologische Mobilisierungsfähigkeit, die über das bloße Dienstverpflichtungsgefühl hinausgeht, eine Solidaritätsressource wie die sog. *asabiyya*, die er auf eine Stufe mit dem Begriff der „mechanischen Solidarität“ bei Durkheim stellte. Angesichts der wachsenden Unsicherheit und Bedrohung zu Beginn des syrischen Bürgerkrieges begaben sich viele unter den Schutzschirm ihrer angestammten Bezugsgruppen, der jeweiligen religiösen Gemeinschaft oder des Clans. Auf diese Weise kamen z.B. viele dazu, sich als Mitglieder sunnitisch-religiöser Gruppen zu akzeptieren, auch wenn sozio-ökonomische Differenzen unter ihnen fortbestanden.

So sehr diese Entwicklung ideologische Bastionen zu zementieren in der Lage sei, so verwundbar werde auf der anderen Seite das politische System, das auf diese Fraktionierungen angewiesen ist. Besonders in den Gegenden um Tartus und Latakia – berichtete Gerlach – fordern die so Mobilisierten denn auch zunehmend, dass das System, als dessen Gefolgsleute sie sich begriffen hatten, in diesem Fall Assads Regierung, die erwarteten Gegenleistungen erbringe. Ebenso war der „IS“, als er das angekündigte Kalifat nicht liefern konnte, in eine Legitimationskrise geraten. Was im Übrigen den IS betreffe, so seien die Akteursgruppen ja noch existent und könnten jederzeit auch wieder in Stellung gebracht werden. Dieses Spiel – damit schloss Gerlach seinen Vortrag düster – gehöre eben zum zynischen *management of savagery*.

Podiums- und allgemeine Diskussion

Die meisten Nachfragen in der Diskussion über die Vorträge 8, 9 und 10 betrafen den Begriff der Zivilgesellschaft und die Frage, auf welche Strukturen man ihn anwenden kann. Graf Strachwitz bestritt, dass einem Beduinenvolk dieses Prädikat zuerkannt werden könne, denn in einem Stamm werde man hineingeboren; eine *community of fate* könne nicht Zivilgesellschaft sein. Wie Kristin Helberg hob auch er das Kriterium Selbstermächtigung hervor. Helberg hatte in diesem Begriff den Kern der arabischen Revolution 2011 in Syrien zusammengefasst. Sie sagte in der Diskussion, das Neue an 2011 sei das Niederringen des Angstgefühls, welches bis dahin über den Menschen

gelegen habe, gewesen. Dadurch habe 2011 eine Zivilgesellschaft entstehen können, die für sich auch das Wir-Gefühl einer Zivilgesellschaft entwickelt habe. Gerlach verdeutlichte daraufhin die aus seiner Sicht maßgeblichen Kriterien für das Vorliegen von Zivilgesellschaft als „nicht-staatliche, informelle Beziehungen“ und den Willen, „Aufgaben zu übernehmen“. Sowohl Kirchen könne man als zivilgesellschaftlich bezeichnen wie auch die Pharma-Lobby. Graf Strachwitz wiederholte, es gebe – in Anführungsstrichen – „gute“ und „schlechte“ Zivilgesellschaft. Auch rechtspopulistische Gruppen gehörten zur Zivilgesellschaft. Befragt nach dem *shrinking civic space*, erklärte er, der Handlungsraum der Zivilgesellschaft werde seit einem Jahrzehnt eingeschränkt, u.zw. weltweit — man schaue nur auf das Beispiel ATTAC. „Die Macht der Zivilgesellschaft wird dem Staat und der Wirtschaft unheimlich.“

Ein Frager kam auf das Westfälische System zu sprechen, welches doch die privaten Gewaltakteure eigentlich aus der Welt geschafft habe. Graf Strachwitz antwortete darauf, der Frieden von 1648 sei zuallererst das Ergebnis allgemeiner Erschöpfung der Kriegsparteien gewesen. Gerlach wies auf die dritte Partei hin, die es 1648 gegeben habe, nämlich die Städte. Das Konzept eines „Westfälischen Friedens“ sei auf Syrien nicht anwendbar. Wer in Syrien heute sage, er sei legitimer Vertreter des Volkes, der lüge einfach. Es gebe in Syrien nicht „ein Volk“.

Allgemeine Abschlussdiskussion

Die Tagung wurde am Sonntagnachmittag abgeschlossen durch eine Podiumsdiskussion „Wohin treibt der Nahe Osten?“ zwischen Dr. Christian Böhme (Tagesspiegel, Berlin), Daniel Gerlach (Magazin Zenith, Berlin) und Dr. Bente Scheller (Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin) unter der Moderation von Prof. Dr. Julius H. Schoeps (Moses-Mendelssohn-Zentrum Potsdam).

Schoeps leitete die Abschlussdiskussion mit der Frage nach den „Strukturschwächen“ im Nahen Osten ein. Wo gibt es Kräfte vor Ort, die ein Herumreißen der Entwicklung ermöglichen würden? Darauf erwiderte Scheller umgehend: Es gebe da niemanden; es gebe nur Eigeninteressen und keine Solidaritäten, auch nicht in Form der Arabischen Liga. Können zivilgesellschaftliche Initiativen etwas erreichen? Nein, sagte Böhme, die produzieren eher Chaos. Gerlach wies darauf hin, dass es durchaus Mächte mit Gestaltungswillen in der Region gebe: Man müsse nur die Türkei, den Iran, Ägypten, die VAE und Qatar nennen.

Ebensolche Ratlosigkeit herrschte auf dem Podium bei der Frage nach der Rolle Europas. Scheller gestand freimütig: „Wir wissen nicht, wie es weitergehen kann.“ Europa sei nationaler geworden, damit sei das Ziel, sich abzuschotten, einhergegangen. Seinen eigenen Zielen werde Europa nicht mehr gerecht. Hier ein bisschen Geld investieren, dort an Symptomen herumdoktern — das, so Scheller, reiche nicht.

Und wie sieht es mit einer gewissen „Verantwortung“ aus, die Europa für die Region habe? Da gibt es eben keine einheitliche Linie in Europa, sagte Böhme. In Europa werde alles nur unter dem Signum der Flüchtlingsproblematik gesehen; das sei „zu wenig“. Niemand gebe etwas auf Europa.

Wie ein Zeichen allgemeinen Erschreckens wirkte es, als in diesem Moment für Sekunden Stille auf dem Podium eintrat. Gerlach brach das Schweigen mit der Feststellung, der Nahe Osten sei die natürliche Einflusszone Europas, und das gelte auch umgekehrt. Europa war immer das Referenzmodell für den Nahen Osten. „Auch das Sykes-Picot-Abkommen hat eine Vorgeschichte.“ Nicht mit einer Stimme zu sprechen, könne auch zu einem Vorteil werden. Er wies auf die Asymmetrie hin, die zwischen Europa und dem Nahen Osten herrsche, was Wahrnehmung und Wertschätzung angehe. Der Nahe Osten beschäftige sich viel stärker mit Europa als Europa mit dem Nahen Osten. Der Opportunismus der Mehrzahl der deutschen Politiker sei furchtbar; man könne es auch „Populismus“ nennen — aber mit der Angst vor Migranten könne man eben Wahlen gewinnen. Bissig kommentierte er noch die aktuelle Diskussion über IS-Rückkehrer — die sei „absurd“. Immerhin hätten die sich mehrheitlich in Deutschland radikalisiert.

Jetzt war die Diskussion an dem Aspekt angelangt, den Schoeps nun tatsächlich aufrief: die Berichterstattung durch die deutschen Medien.

Es gibt nur wenige Medien, die einer Schwarz-/Weiß-Berichterstattung entgegenarbeiten, wurde gesagt. Das Nahost-Magazin „Zenith“, die deutsche FAZ, die *Jerusalem Post* und die *Washington Post* wurden positiv hervorgehoben. Scheller erklärte die notorisch schlechte Qualität der Berichterstattung (ARD und ZDF seien „windschnittig und unkritisch — ein Graus“) mit rechtlichen und finanziellen Problemen. In manche Länder komme man nur schwer hinein, und der Kostendruck verhindere viel. „Im Prinzip“ sei die Berichterstattung in den deutschen Medien gut.

Ab dieser Stelle entglitt dem Podium die Gesprächsführung. Widerspruch insbesondere gegen dieses letzte *statement* erhob sich im Publikum, dessen

Wortmeldungen von nun ab die Abschlussdiskussion dominierten. Berichtet werde doch nur, wenn es Schüsse und Tote gebe; von Menschenketten für friedliche Konfliktlösung lese man nie etwas, wurde eingeworfen. BILD berichte dauernd über Syrer, die Anschläge geplant hätten. Ein Redner machte auf Konjunkturen in der Berichterstattung aufmerksam, die es gebe und durch die verhindert würde, dass fundiertes Wissen darüber, was am Boden der Tatsachen vor sich geht, entstehe. Er berichtete aus einer Chefredaktion, wo die Parole ausgegeben wurde, nach der Unterzeichnung des Atomabkommens möge es bitte über den Iran keine weiteren Berichte geben.

Ein großer Teil der Wortmeldungen beschäftigte sich mit der „Flüchtlingskrise“. Auch die Gruppe von Parteigängern der AfD, die nach Syrien gereist waren, wurde erwähnt. Warum, so fragte jemand, schenke man den Menschen in Deutschland nicht reinen Wein ein und sage ihnen unumwunden: Die Geflüchteten werden hierbleiben! Böhmes Zwischenruf, die AfD mache halt billige Propaganda, ging etwas unter. Gerlach reagierte hilflos, ohne eine wirkliche Antwort zu geben: „Was soll man sagen? Von der Verwirrung der Narrative profitieren die autoritären Herrscher am meisten.“

Steinbach versuchte, auf die Verhältnisse in einzelnen MENA-Ländern zurückzukommen. In Algerien und im Sudan 2019, im Libanon und in Iran, im Irak und selbst in der Türkei könne man fortwährend die Bürger als Akteure beobachten, die sich gegen die bestehenden Systeme auflehnen. Insbesondere sei hier die Rolle der Frauen hervorzuheben. Er nahm noch einmal ein Motiv seines Eingangsvortrags auf und sprach von der Herausforderung der „doppelten Utopie“: Man antizipiere einen neuen Nahen Osten; und auf der anderen Seite müsse man den Präsidenten Trump als eine Chance begreifen, aus der Utopie Europa einen handlungsfähigen Akteur zu machen.

EUROPA BOTTOM-UP

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT / EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

FREE DOWNLOAD AT: WWW.MAECENATA.EU/REIHE-EBU

2015

Nr. 13 No Brexit

Why Britain Belongs in the European Union
Rupert Graf Strachwitz

2016

Nr. 14 „Mehr kulturelles Selbstbewusstsein wagen!“

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Kulturgrosschen 2016
Wolfgang Thierse

Nr. 15 A Shrinking Space for Civil Society?

A Conference on Civil Society and Europe's Political Culture
A. Domaradzka, N. Kavelashvili, E. Markus, P. Sälhoff, M. Skóra

Nr. 16 Was machen wir mit Europa?

Gedanken zum großen europäischen Projekt nach dem Brexit-Votum
Rupert Graf Strachwitz

2017

Nr. 17 Europe and the Mediterranean 3

Talking, Learning, Working, and Living Together
Costa Carras, Sarrah Kassem, Udo Steinbach

Nr. 18 Europe and the Mediterranean 4

Talking, Learning, Working, and Living Together
P. Adam-Veleni, M. Çizakça, V. Costantini, U. Koldaş, F. Richard, B. Thum

Nr. 19 Europe and the Mediterranean 5

Talking, Learning, Working, and Living Together
Y. Bettahar, S. Hamouda, E. Ikonou, N. Lafi, D. Stefanakis

Nr. 20 The Changing Space of Civil Society

A Symposium in Berlin on 17th October, 2017
Siri Hummel, Philipp Kreutzer

2018

Nr. 21 Europe and the Mediterranean 6

Talking, Learning, Working, and Living Together
Udo Steinbach

2019

Nr. 22 Europe and the Mediterranean 7

Talking, Learning, Working, and Living Together
Ed. by Udo Steinbach

Nr. 23 Ein neues Narrativ für Europ

Rupert Graf Strachwitz